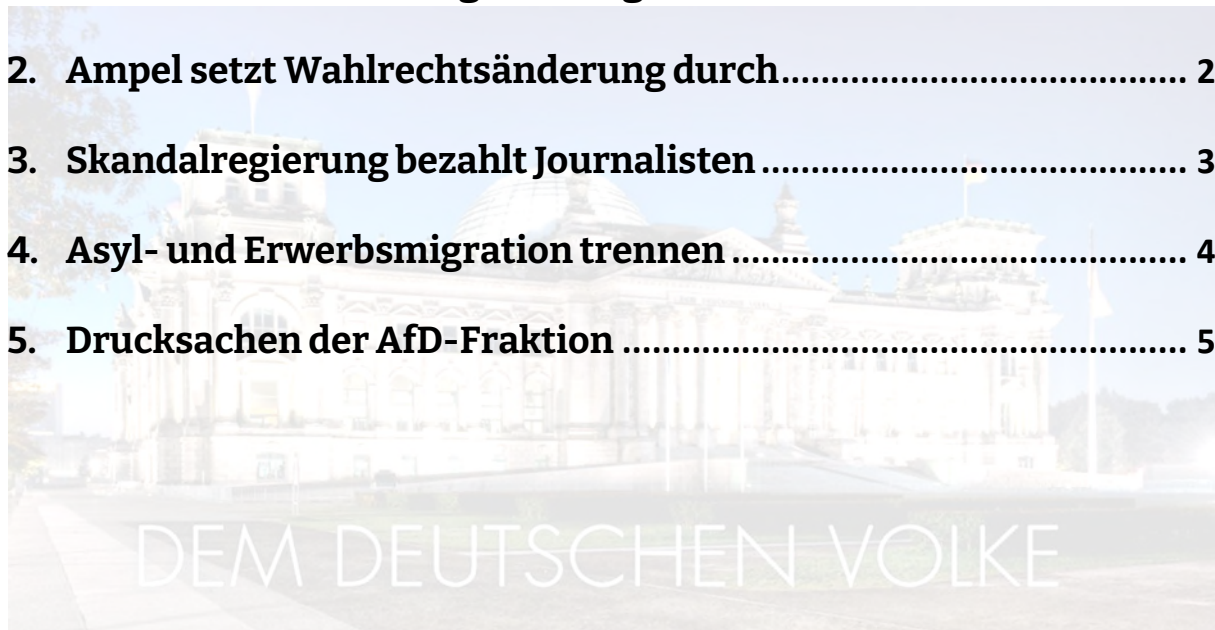




Inhalt

1. **AfD fordert Aufklärung zum Angriff auf Nord Stream 2 2**
2. **Ampel setzt Wahlrechtsänderung durch..... 2**
3. **Skandalregierung bezahlt Journalisten 3**
4. **Asyl- und Erwerbsmigration trennen 4**
5. **Drucksachen der AfD-Fraktion 5**



1. AfD fordert Aufklärung zum Angriff auf Nord Stream 2

Die AfD Fraktion fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Angriff auf die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2. Am 26. September 2022 wurden drei von vier Stränge der Nord-Stream-Erdgasleitungen nahe der Insel Bornholm durch Sprengungen zerstört. Der Sprengung waren Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen den Bau und Betrieb der Pipeline in Form des am 2. August 2017 in Form des Sanktionsgesetzes CAATSA vorausgegangen. Ein polnischer EU-Parlamentarier twitterte: „Danke USA“.

Der Untersuchungsausschuss solle aufklären, wie und auf der Basis von welchen Erkenntnissen die Bundesregierung sich zu den Anschlägen auf die Nord-Stream-Pipelines, zu relevanten Informationen im Vorfeld der Anschläge, zur Untersuchung des Tathergangs und der Urhebererschaft und zu deren Auswirkungen verhalten hat. Hierbei soll insbesondere die Mitwirkung des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums der Verteidigung, des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums der Justiz, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz und der ihnen nachgeordneten Behörden beleuchtet werden. Dabei sollen nicht nur Erkenntnisse zum konkreten Tathergang der Anschläge selbst untersucht werden, sondern auch sämtliche Maßnahmen fremder Staaten, deren Ziel es war, den Bau, die Finanzierung, die Inbetriebnahme und die Reparatur der Pipeline zu verhindern. Der Untersuchungszeitraum beginnt im Mai 2017, als der US-Senator Ben Cardin den Gesetzesentwurf für „CAATSA“ einbrachte, und soll mit dem Tag der Einsetzung enden.

Jörn König dazu: „Unsere Bundesregierung ist ja nicht gerade für ihre Transparenz bekannt. Wir wollen durch den Untersuchungsausschuss klären, welche konkreten Erkenntnisse der Bundesregierung hierzu vorliegen und vor allem, wie sie auf eventuelle Maßnahmen der USA reagiert haben. Ich erinnere mich noch an die Presseerklärung von US-Präsident Joe Biden und Olaf Scholz. Da darf man sich schon über die Rolle unseres kleinen Kanzlers wundern, der die unverhohlene Drohung von Biden völlig unkommentiert ließ, dass dieser Nord Stream 2 plattmachen werde, in dem Moment in dem Russland in die Ukraine einmarschieren würde. Die Konsequenzen sehen wir heute. Der Ami steht wohl zu seinem Wort. Was ist mit unserer Bundesregierung, die mal ein Eid auf das Deutsche Volk abgelegt hat. Bei denen sieht die Sache wohl anders aus.“

2. Ampel setzt Wahlrechtsänderung durch

Am Donnerstag wurde eine Wahlrechtsreform beschlossen, die es in sich hat. Mit 400 Ja zu 261 Nein-Stimmen wurde die höchst umstrittene Änderung des Bundeswahlgesetzes durchgedrückt.

Mit der Neuregelung soll die Zahl der Bundestagsmandate künftig auf 630 begrenzt werden. Um das zu erreichen, sieht das neue Gesetz einen Verzicht auf die bisherige Zuteilung sogenannter Überhang- und Ausgleichsmandate vor. Dies könnte dazu führen, dass künftig nicht alle Direktkandidaten, die in ihrem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhalten, in das Parlament einziehen.

Zudem soll es wie bisher 299 Wahlkreise und zwei Stimmen geben. Dabei wird mit der Zweitstimme, mit der die Wähler für eine Parteiliste votieren können, über die proportionale Verteilung der Mandate an die Parteien entschieden. Mit der Erststimme können wie bisher in den Wahlkreisen Direktkandidaten gewählt werden.

Ihnen wird ein Mandat jedoch nur zugeteilt, wenn dies durch das Zweitstimmenergebnis gedeckt ist. Stellt eine Partei in einem Bundesland mehr Wahlkreissieger, als ihrem Zweitstimmenergebnis entspricht, sollen – in der Reihenfolge ihrer Ergebnisse bei den Wahlkreisstimmen – entsprechend weniger von ihnen bei der Mandatzuteilung berücksichtigt werden.

Jörn König kritisiert: „Die Ampel kuppert mangels eigener Ideen gnadenlos bei einer von der AfD im Jahr 2020 vorgelegten Wahlrechtsreform ab. Leider übernahm die Ampel nur die schmerzhafteste Streichung von Direktmandaten mit vergleichsweise schlechtem Ergebnis. Die Verkleinerung auf die Normgröße von 598 Abgeordneten wird nicht umgesetzt, obwohl der Bundestag auch dann noch zu groß ist. Weiter hatte die AfD vorgeschlagen, dass die Wähler mit der Zweitstimme Personen auf der Parteiliste „hochwählen“ können, ähnlich wie bei Kommunalwahlen. Dann hätte sich kein Parteisoldat auf der Liste mehr sicher fühlen können. Dieses basisdemokratische Element wurde gar nicht erst diskutiert. Leider hat dieses Wahlrecht auch eine parteipolitische Komponente: Man will die Linke und vor allem die CSU treffen. Die Linke wäre bei der Regelung nach heutigem Stand dann aus dem Parlament raus. Die CSU lag mit 5,2 % der Zweitstimmen bundesweit nur knapp über der 5 %-Hürde. Also wenn das kein Motiv ist?“

3. Skandalregierung bezahlt Journalisten

Auf Anfrage der AfD hat die Bundesregierung zugegeben, im Laufe der vergangenen fünf Jahren über 200 Journalisten für Moderationen und Veranstaltungen bezahlt zu haben. Mehr als die Hälfte dieser Journalisten arbeitet für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, insgesamt fast eine Million Euro.

Jörn König erklärt: „Eigentlich müssten ARD und ZDF auf Staatsferne achten. Dass die es damit nicht so genau nehmen weil sie ohnehin am Tropf der Regierung hängen kritisieren wir ja schon von Anfang an. Aber diese neuen Erkenntnisse heben das Ganze noch auf ein ganz anderes Level. Die Bundesregierung hat viel zu erklären und faktisch keine Möglichkeiten mehr, sich vom Vorwurf des gekauften Journalismus freizusprechen. Das ist ein Skandal. Wer glaubt denen noch was?“

Die AfD Bundestagsfraktion hat am Donnerstag eine Aktuelle Stunde dazu im Bundestag beantragt. Dass der Vorwurf der AfD voll ins Schwarze getroffen hat, kann man am Verlauf der Diskussion sehen. Keiner der Redner konnte -selbstverständlicherweise- die Kritik widerlegen und eine gesunde Erklärung präsentieren. Man hat mal wieder nur mit Floskeln probiert die AfD zu diskreditieren. Geholfen hat es alles nichts. Dass sich die Bundesregierung Gefälligkeitsjournalismus kauft, ist nun schwarz auf weiß bewiesen.

4. Asyl- und Erwerbsmigration trennen

Seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine vor etwas mehr als einem Jahr sind über 1 Million Ukrainer im Ausländerzentralregister registriert worden. Von diesen erhielten 530.000 eine Aufenthaltserlaubnis. Neben den Kriegsflüchtlingen lief auch die Asylumigration auf Hochtouren und erreichte im Jahr 2022 den höchsten Stand seit 2017. Seit dem letzten Herbst verhängen die Bundesländer nach und nach Aufnahmestopps für Asylbewerber. Verantwortlich für die seit vielen Jahren immer weiter ausufernde Migration nach Deutschland sind vor allem die Anreize unseres Sozialsystems. Dieses garantiert einen weitaus höheren Lebensstandard als in den Herkunftsländern ohne eine Eigenleistung vorweisen zu müssen. Einerseits wirkt unser Sozialsystem so als Magnet für Migrationswillige aus aller Welt und auf der anderen Seite schon seit einiger Zeit eher abstoßend auf Fachkräfte.

Um eine schärfere Trennlinie zwischen Asyl- und Erwerbsmigration zu schaffen, hat die AfD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt. In diesem sollen die Geldleistungen für Asylbewerber weitestgehend den Sachleistungen weichen. Dadurch soll der Missbrauch von Steuergeldern weiter beschränkt werden. Weiterhin fordert die AfD die Streichung der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung nach einem gescheiterten Asylverfahren und eine Ausweitung des Arbeitsverbots für Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung. Dadurch verspricht man sich eine Neuausrichtung des deutschen Asylsystems und eine Verschiebung der Kapazitäten weg von der Einwanderung in das Sozialsystem und hin zu der Aufnahme von echten Kriegsflüchtlingen. In seiner Rede zu dem Gesetzentwurf skizziert Dr. Gottfried Curio sehr deutlich, welche verheerenden Folgen die verfehlte Migrationspolitik für das deutsche Volk mit sich bringt.

<https://www.youtube.com/watch?v=Natrx8E0AwQ>

Jörn König meint: „Solange Menschen ohne triftigen Grund auf Gewährung von Asyl in unser staatliches Versorgungssystem einwandern können wird Deutschland unattraktiver für die von der Politik immer wieder heraufbeschworenen Fachkräfte. Denn wenn mehr Menschen von der Gemeinschaft finanziert werden müssen, dann fragen sich gut ausgebildete Arbeitnehmer zurecht, ob sie Teil dieser Gemeinschaft werden wollen. Es ist ja nicht nur so, dass kaum Fachkräfte nach Deutschland kommen wollen, vielmehr wandern diese eher aus. Wenn Deutschland den aktuell noch hohen Lebensstandard halten möchte, dann führt kein Weg daran vorbei, die Migration stärker zu regulieren und die Sozialleistungen zu begrenzen.“

5. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/5822 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005822.pdf>> Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien -20/5437-
- 20/5847 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005847.pdf>> Förderung des Projekts „Ukraine verstehen“ beim Zentrum Liberale Moderne durch die Bundesregierung -20/4571-
- 20/5851 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005851.pdf>> Bearbeitungszeit der nationalen Zulassungsphase von Arzneimitteln im dezentralisierten Verfahren -20/5655-
- 20/5858 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005858.pdf>> Ausbau von Weinbau mit pilzwiderstandsfähigen Rebsorten -20/5701-
- 20/5844 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005844.pdf>> Zur Initiative LEAM des Bundesverbandes Künstliche Intelligenz
- 20/5879 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005879.pdf>> Hintergründe des Konnektorentausches im Gesundheitswesen
- 20/5891 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005891.pdf>> Auswirkungen der Asyl- und Migrationspolitik (Zuwanderungspolitik)
- 20/5852 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005852.pdf>> Entwicklungszusammenarbeit und die Krypto-Spendenaktion der ukrainischen Regierung, insbesondere bei der Krypto-Börse FTX -20/5658-

- 20/5861 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005861.pdf>>
Raumordnung und Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften - 20/5636-
- 20/5862 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005862.pdf>>
Schließung des für die Rückführung genutzten Terminals am Flughafen Berlin Brandenburg – Hintergründe und Konsequenzen -20/5635-
- 20/5855 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005855.pdf>>
Nachrichtendienstliche Aktivitäten chinesischer Studenten und Gastwissenschaftler an deutschen Hochschulen -20/5645-
- 20/5860 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005860.pdf>>
Reform der Grundsteuer -20/5637-
- 20/5865 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005865.pdf>>
Bedeutung von Science Diplomacy für die Arbeit des Auswärtigen Amtes -20/5631-
- 20/5866 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005866.pdf>>
Zivile Seenotrettung durch Organisationen mit Sitz in Deutschland in dem Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2022 -20/5458-
- 20/5867 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005867.pdf>>
Friedensbemühungen des ehemaligen israelischen Premierministers Naftali Bennett in der Ukraine und der Haltung der Bundesregierung -20/5630-
- 20/5874 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005874.pdf>>
Kalamitätsholznutzung in der regionalen Bauwirtschaft -20/5641-
- 20/5881 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005881.pdf>>
Fragen zu informellen Finanztransfersystemen wie Hawala-Banking in Deutschland - 20/5695-
- 20/5915 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005915.pdf>>
Herausforderungen durch unbemannte Luftfahrtsysteme
- 20/5917 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005917.pdf>>
Aufnahme von Erdbebenopfern aus der Türkei und Syrien in Deutschland
- 20/5922 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005922.pdf>>
Umgang mit für den menschlichen Verzehr vorgesehenen Insekten in Deutschland und der EU
- 20/5923 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005923.pdf>>
Förderprogramm Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruk-

tur (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/130 und zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/1363)

- 20/5924 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005924.pdf>>
Einbindung des Flughafens München in das Hochgeschwindigkeitsnetz der DB AG

- 20/5864 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005864.pdf>>
Zu den Twitter Files und den Löschersuchen der Bundesregierung an die Betreiber sozialer Netzwerke -20/5644-

- 20/5869 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005869.pdf>>
Vergaberechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Impfkampagne „Ich schütze mich“ (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/5042) -20/5446-

- 20/5872 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/058/2005872.pdf>>
Schutz von mittelständischen Unternehmen in Deutschland -20/3380-

- 20/5989 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005989.pdf>>
Einsetzung eines 2. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode zum Angriff auf Nord Stream

- 20/5906 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005906.pdf>>
Umstrittene Informationen des Bundesministeriums für Gesundheit -20/5498-

- 20/5907 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005907.pdf>>
Das Professorinnenprogramm als Mittel zum Abbau angeführter struktureller und institutioneller Diskriminierung -20/5727-

- 20/5908 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005908.pdf>>
Versorgungslage und Versorgungsgrad der Bevölkerung in der Arabischen Republik Ägypten -20/5728-

- 20/5909 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005909.pdf>>
Mögliche Verflechtungen zwischen der Bundesregierung und dem Weltwirtschaftsforum in Davos -20/5732-

- 20/5936 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005936.pdf>>
Fragen zu Innentäterangriffen auf Bundeswehrsoldaten und auf von der Bundeswehr ausgebildete Kräfte der Afghan National Defense and Security Forces während der Zeit des deutschen Afghanistaneinsatzes -20/5642-

- 20/5946 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005946.pdf>>
Gründerplattform.de

- 20/5996 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005996.pdf>>
Schulen am Limit – Bildungsmisere abwenden
- 20/5997 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005997.pdf>>
Verbraucherfreundliche und transparente Kennzeichnung von Insekten in Lebensmitteln
- 20/5998 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005998.pdf>>
Sofortige Aufklärung der Bevölkerungen über Gesundheitsrisiken beim Verzehr von Insekten
- 20/5999 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005999.pdf>>
Ausgleichsabgabe neu – Mehr Menschen mit Behinderung in Arbeit bringen
- 20/6001 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/060/2006001.pdf>>
Unterstützung der Bewerbung einer deutschen Stadt für eine Schacholympiade ab 2028
- 20/6002 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/060/2006002.pdf>>
Gedenktag der deutschen Demokratiebewegung einführen
- 20/6003 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/060/2006003.pdf>>
Mehr Redlichkeit in der Paketbranche und faire Löhne für Leiharbeiter
- 20/6004 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/060/2006004.pdf>>
Berufung eines deutschen Beauftragten für die Arktis im Range eines Botschafters durch die Bundesregierung
- 20/6005 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/060/2006005.pdf>>
zu der legislativen Entschließung des Europäischen Parlaments vom 3. Mai 2022 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die allgemeine unmittelbare Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie zur Aufhebung des Beschlusses (76/787/EGKS, EWG, Euratom) des Rates und des diesem Beschluss beigefügten Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments P9_TA(2022)0129; Rats-dok. 9333/22 hier: Stellungnahme im Rahmen des Politischen Dialogs mit der Europäischen Kommission
- 20/5938 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005938.pdf>>
Strukturierte Fonds in der Entwicklungszusammenarbeit -20/5733-
- 20/5939 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005939.pdf>>
Gewalt und sonstige Übergriffe an Schulen von Schülern -20/5742-
- 20/5995 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005995.pdf>>
Entwurf eines Gesetzes zur Behebung von Fehlanreizen im Asylverfahren und zur klaren Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration
- 20/5953 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005953.pdf>>
Tokenisierung des Geldes: Chancen und Risiken

- 20/5951 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005951.pdf>>
Schutz von Asylbewerbern christlichen Glaubens in Deutschland
- 20/5954 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005954.pdf>>
Beschleunigter Rollout von intelligenten Zählern (Smart-Metern)
- 20/5955 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005955.pdf>>
Kriminalitätsfelder in Bezug auf Bahnhöfe in Baden-Württemberg im zweiten Halbjahr 2022 und Gesamtjahr 2022
- 20/6039 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/060/2006039.pdf>>
zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - 20/5548, 20/6018 - Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes
- 20/5932 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005932.pdf>>
Entwicklung der Importe tierischer Lebensmittel -20/5778-
- 20/5961 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005961.pdf>>
Aktuelle Vorwürfe bezüglich der Pfizer-Zulassungsstudie zum COVID-19-mRNA-Impfstoff Comirnaty
- 20/5962 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/059/2005962.pdf>>
Beschränkung von an Kinder gerichteter Werbung für Lebensmittel